**Deutscher Bundestag**
**11. Wahlperiode**

**Drucksache 11/4063**

23. 02. 89

Sachgebiet 780

# Beschlußempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (10. Ausschuß)**

**zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD**
**— Drucksache 11/2138 —**

**zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung**
**— Drucksachen 11/1760, 11/1761 —**

**zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Susset, Michels, Eigen, Borchert, Repnik, Carstensen (Nordstrand), Fellner, Fuchtel, Freiherr Heereman von Zuydtwyck, Dr. Jobst, Herkenrath, Kalb, Kroll-Schlüter, Dr. Kunz (Weiden), Link (Diepholz), Dr. Meyer zu Bentrup, Niegel, Dr. Rüttgers, Sauter (Epfendorf), Schartz (Trier), Scheu, Schmitz (Baesweiler), Börnsen (Bönstrup), Freiherr von Schorlemer, Dr. Uelhoff, Frau Will-Feld, Werner (Ulm), Graf von Waldburg-Zeil, Seesing, Weiß (Kaiserslautern), Dr. Friedmann, Bühler (Bruchsal), Dr. Miltner und Genossen und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Paintner, Heinrich, Bredehorn und der Fraktion der FDP**
**— Drucksache 11/2159 —**

**zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung**
**— Drucksachen 11/1760, 11/1761 —**

**zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD**
**— Drucksache 11/2164 —**

**zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung**
**— Drucksachen 11/1760, 11/1761 —**

**zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Frau Flinner, Kreuzeder und der Fraktion DIE GRÜNEN**
**— Drucksache 11/2189 —**

**zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung**
**— Drucksachen 11/1760, 11/1761 —**

**Agrarbericht 1988**
**Agrar- und ernährungspolitischer Bericht der Bundesregierung**

## Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Entschließungsantrag — Drucksache 11/2159 — unverändert anzunehmen,
2. die Entschließungsanträge — Drucksachen 11/2138, 11/2164, 11/2189 — abzulehnen.

Bonn, den 15. Februar 1989

**Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

| **Müller (Schweinfurt)** | **Bayha** | **Bredehorn** | **Kreuzeder** |
|---|---|---|---|
| Vorsitzender | Berichterstatter | | |

# Bericht der Abgeordneten Bayha, Bredehorn und Kreuzeder

A.

Bei der Beratung des Agrarberichts 1988 der Bundesregierung in der 75. Sitzung des Deutschen Bundestages am 22. April 1988 haben die Fraktionen der CDU/CSU und FDP einerseits sowie die Fraktion der SPD und die Fraktion DIE GRÜNEN andererseits die vier Entschließungsanträge eingebracht, die in der gleichen Sitzung an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten federführend und zur Mitberatung an den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, an den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie an den Haushaltsausschuß überwiesen worden sind.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat die Entschließungsanträge in seiner Sitzung am 18. Mai 1988 beraten und mehrheitlich beschlossen, den Entschließungsantrag — Drucksache 11/2159 — zur Kenntnis zu nehmen und die Bundesregierung gleichzeitig zu bitten, Agrar- und Umweltpolitik stärker zu integrieren,

— insbesondere die Ziele des Umwelt-, Naturschutzes und der Landschaftspflege bei den agrarpolitischen Maßnahmen auf internationaler, EG- und nationaler Ebene verstärkt zu beachten,

— in der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" alle Möglichkeiten zu nutzen, Maßnahmen mit negativen Umweltwirkungen einzustellen und Maßnahmen mit positiven Umweltwirkungen verstärkt zu fördern,

— bei der Umsetzung der EG-Maßnahmen zur Flächenstillegung, Extensivierung und Produktionsumstellung sowie Betriebsaufgabe, soweit die Gefahr besteht, Schäden an der Umwelt nicht eintreten zu lassen und außerdem die Chance zu nutzen, auch positive Umweltwirkungen zu erzielen,

— alle Möglichkeiten des neuen Pflanzenschutzrechts zu nutzen, den Schutz von Boden, Wasser und Natur zu verbessern,

— die Entwicklung und die Verbreitung integrierter Pflanzenschutzverfahren verstärkt zu fördern,

— durch Aufklärung dafür Sorge zu tragen, daß die Landwirtschaft die Düngung am Bedarf der Pflanzen unter Berücksichtigung des vorhandenen Nährstoffvorrats ausrichtet,

— den Bedarf an Flächen, die für Biotopschutz und eine Vernetzung von Biotopen und Landschaftsstrukturen notwendig sind, in Zusammenarbeit mit den Bundesländern festzustellen

sowie die Entschließungsanträge der Oppositionsfraktionen — Drucksachen 11/2138, 11/2164, 11/2189 — abzulehnen.

Der Haushaltsausschuß hat die Entschließungsanträge in seiner Sitzung am 8. Juni 1988 beraten und empfohlen, dem Entschließungsantrag — Drucksache 11/2159 — zuzustimmen, die übrigen Entschließungsanträge — Drucksachen 11/2138, 11/2164 und 11/2189 — abzulehnen.

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat die Entschließungsanträge in seiner Sitzung am 15. Februar 1989 zur Kenntnis genommen.

B.

Der federführende Ausschuß hat die Entschließungsanträge in seiner Sitzung am 15. Februar 1989 beraten.

1.

Durch den Antrag der Koalitionsfraktionen soll zunächst die ungünstige Einkommenssituation der deutschen Landwirtschaft betont werden. Außerdem wird anerkannt, daß die Lage der Landwirte durch sozialpolitische Maßnahmen habe verbessert werden können. Gleichzeitig sei die Verunsicherung der deutschen Landwirtschaft durch die Beschlüsse des Brüsseler Gipfels beendet worden und damit eine tragfähige Ausgangsbasis für die zukünftige Gestaltung der Agrarpolitik erreicht worden.

Weiter wird die Bundesregierung an Forderungen des Deutschen Bundestages erinnert, die in früheren Entschließungen zum Ausdruck gekommen sind.

Des weiteren wird die Bundesregierung ersucht,

— eine stärkere Konvergenz der Währungen in der EG anzustreben,

— darauf hinzuwirken, daß für den Agrarbereich schädliche Wettbewerbsverzerrungen in den einzelnen EG-Mitgliedstaaten als wesentlicher Schritt zur Vollendung des Binnenmarktes 1992 abgebaut werden,

— die Brüsseler Beschlüsse zur Flächenstillegung und Produktionsaufgaberente so fristgerecht umzusetzen, daß die deutsche Landwirtschaft vor der Herbstbestellung über klare Grundlagen für ihre Entscheidungen verfügt,

— darauf hinzuwirken, daß sich alle Mitgliedstaaten gleichgewichtig an der Mengenrückführung beteiligen,

— die Produktionsaufgaberente auch so anzuwenden, daß davon eine Beschleunigung der Milchrentenaktion ausgeht,

— im Rahmen der GATT-Verhandlungen dafür einzutreten, daß die Marktentlastung in der EG nicht durch vermehrte Drittlandimporte unterlaufen wird,

— die freiwerdenden Mittel aus der Rückführung des 5%igen Einkommensausgleichs über die Mehrwertsteuer auf 3% in voller Höhe für einen soziostrukturellen Einkommensausgleich über die Fläche zu verwenden,

— den Vorschlag der EG-Kommission nach Einführung einer Verfütterungsprämie für Getreide zu unterstützen,

— in den Gremien der EG eine Änderung des geltenden EG-Rechts über eine Hektarhöchstertragsregelung für Qualitätswein abzulehnen,

— spätestens bis zum 1. April 1989 die Milchgarantiemengenverordnung so anzupassen, daß eine Verrechnung von Über- und Unterlieferung auf Käuferebene möglich wird,

— sich in den Gremien der EG für die Abschaffung der Mitverantwortungsabgabe bei Milch einzusetzen,

— in den Gremien der EG dafür einzutreten, daß die Wettbewerbsfähigkeit von in der Gemeinschaft produzierten Süß- und Sauerkirschen durch lückenlose Importregelungen gegenüber allen Drittländern sichergestellt wird,

— dafür zu sorgen, daß zugunsten einer Gesamtpolitik für den ländlichen Raum eine engere Verzahnung zwischen der Agrarpolitik und anderen Politikbereichen erfolgt,

— gemeinsam mit den Bundesländern darauf hinzuwirken, daß bestehende Aufforstungshemmnisse überprüft und an die aktuellen Erfordernisse angepaßt werden,

— einen Bericht über die Handhabung der Ausgleichszulage in den einzelnen Bundesländern zu erstellen.

2.

Die Entschließungsanträge der Fraktion der SPD — Drucksachen 11/2138 und 11/2164 — bedauern die schwere Krise, in der sich die deutsche Landwirtschaft befindet. Sie gehen davon aus, daß sich diese negative Entwicklung fortsetzen werde und halten daher eine Neuorientierung der Agrarpolitik für dringlich.

Sie fordern die Bundesregierung auf, die Verhandlungen über ein gemeinschaftliches System direkter Einkommenszahlungen voranzutreiben und die Beschlüsse der EG-Staats- und Regierungschefs vom 12. Februar 1988 zur Stabilisierung der Agrarmärkte in fristgerechte förmliche Regelungen umzusetzen.

Außerdem wird die Bundesregierung unter anderem aufgefordert,

— das EG-weite Programm zur Extensivierung und Stillegung landwirtschaftlicher Nutzflächen so rechtzeitig in der Bundesrepublik Deutschland anzuwenden, daß die deutschen Landwirte spätestens 1989 Entschädigungszahlungen erhalten können,

— die EG-weite Vorruhestandsregelung ohne weitere Verzögerung in der Bundesrepublik Deutschland einzuführen,

— sich in der EG für eine strikte Einhaltung der Umweltvorschriften in allen Mitgliedstaaten einzusetzen sowie

— für die Einführung EG-weiter, flächenbezogener Bestandsobergrenzen in der Tierhaltung einzutreten,

— Vorschläge zur Reform der landwirtschaftlichen sozialen Sicherungssysteme so rechtzeitig vorzulegen, daß noch in der laufenden Legislaturperiode endgültige Beschlüsse gefaßt werden können und

— eine Harmonisierung der nationalen Vorschriften für die Herstellung und das Inverkehrbringen von Lebensmitteln auf höchstem Niveau sowie ein EG-weites Verbot hormonaler Wachstums- und Leistungsförderer durchzusetzen.

Ebenso wird die dauerhafte Sicherung der Fangmöglichkeiten der deutschen Hochseeflotte in Drittlandsgewässern sowie der Kutterfischerei im Küstenbereich und ein weltweiter gleichgewichtiger Abbau der Agrarsubventionen bei den laufenden internationalen Handelsverhandlungen im GATT gefordert.

Schließlich fordern die Entschließungsanträge die Bundesregierung auf, Gesetzentwürfe zur Regelung eines Vorruhestandes der Landwirte und landwirtschaftlichen Arbeitnehmer sowie zur teilweisen Umgestaltung des pauschalen Mehrwertsteuerausgleichs umgehend vorzulegen.

Im Ministerrat solle die Bundesregierung auf die EG-Kommission dahin einwirken, daß diese als Kontrollbehörde eine gleichgewichtige und ausgewogene Anwendung in den Mitgliedstaaten fristgerecht sicherstellt sowie mit den Bundesländern unverzüglich zu einer befriedigenden Vereinbarung über die Finanzierung der Maßnahmen komme.

3.

Der Entschließungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN — Drucksache 11/2189 — fordert die Bundesregierung unter anderem auf, folgende Maßnahmen auf Bundesebene durchzuführen und innerhalb der EG durchzusetzen:

— Erhaltung und Schaffung von ökologisch sinnvollen Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum,

— Stopp und Umkehr des Strukturwandels durch die Förderung einer ökologisch angepaßten, mensch- und tiergerechten Landbewirtschaftung,

— keine Prämien für Flächenstillegung oder Umstellung auf Anbau von Industriepflanzen zu zahlen,

- dagegen eine flächendeckende ökologische Intensivierung der Landbewirtschaftung zu fördern,
- Sicherung und Wiederherstellung einer vielfältigen Kulturlandschaft,
- Verbot des Einsatzes von gentechnischen Verfahren und Produkten bzw. gentechnisch manipulierten Organismen in der Landwirtschaft und in der Erzeugung und Verarbeitung von Lebensmitteln,
- Einführung flächengebundener absoluter Bestandsobergrenzen in der Tierhaltung,
- Verbot von Massentierhaltung,
- Verringerung der Futtermittelimporte im Rahmen der GATT-Verhandlungen,
- Bemessung der Beiträge zur landwirtschaftlichen Sozialversicherung entsprechend dem tatsächlichen Einkommen,
- Aufhebung von Vorschriften, die die direkte Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse erschweren,
- Einführung einer Biokennzeichnung für landwirtschaftliche Produkte aus ökologischem Anbau,
- Maßnahmen gegen das Waldsterben und zur Förderung zur Wiederanpflanzung in geschädigten Waldgebieten und zur Schutzwaldsanierung.

4.

Trotz weitgehender Einmütigkeit in der Befürwortung der Zielsetzung aller Anträge konnte bei den Beratungen im federführenden Ausschuß keiner von ihnen die Billigung des gesamten Ausschusses finden.

Der Koalitionsantrag wurde mit Mehrheit angenommen, die Anträge der Fraktion der SPD und der Fraktion DIE GRÜNEN mehrheitlich abgelehnt.

Der Ausschuß bittet den Deutschen Bundestag daher, den Entschließungsantrag der Abgeordneten Susset u. a. und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Paintner u. a. und der Fraktion der FDP nach Maßgabe der Beschlußempfehlung anzunehmen und die Anträge der Fraktion der SPD und der Fraktion DIE GRÜNEN abzulehnen.

Bonn, den 15. Februar 1989

**Bayha** **Bredehorn** **Kreuzeder**

Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333